



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 16.05.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. Mai 2025

Fokusthema: **Wohnungspolitik**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag hauptsächlich mit der Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» auseinandersetzen. Anschliessend steht die Abschreibung eines Postulats zu Lichtsignalsteuerungen an. Sollte bis zum Ende der Sitzung wider Erwarten noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit Vorstössen befassen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Mehr Mittel für die Wohnbauförderung statt Vorkaufsrecht

Eine ausführliche Debatte ist am Montag zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» zu erwarten. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 9 zu 6 Stimmen, die Volksinitiative abzulehnen ([5969](#)). Stattdessen soll ein Gegenvorschlag angenommen werden, der den Rahmenkredit der Wohnbauförderung auf 360 Millionen Franken verdoppelt. Eine Minderheit unterstützt die Initiative, eine weitere einen alternativen Gegenvorschlag mit Vorkaufsrecht.

Die Volksinitiative ist die erste von fünf verschiedenen Volksinitiativen zur Wohnungspolitik, die innert weniger Monate im Kanton Zürich eingereicht wurden. Mit ihr wird gefordert, dass Gemeinden unter bestimmten Bedingungen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke erhalten, um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Die Kommissionsmehrheit aus SVP, FDP, Mitte und Teilen der GLP lehnt dies ab. Sie sieht im Vorkaufsrecht keinen Beitrag zur Lösung der Wohnungsnot, sondern eine potenzielle Verschärfung. Es könnte Investoren abschrecken, Neubauten verzögern und führe nicht automatisch zu günstigem Wohnraum. Zudem würden dadurch zusätzliche Kosten entstehen, während Gemeinden auch heute bereits am Markt mitbieten könnten. Die Minderheit aus SP, Grünen, AL und Teilen der GLP spricht dagegen von einem Marktversagen. Besonders einkommensschwächere Menschen drohten aus den Städten verdrängt zu werden. Gemeinnützige Bauträger könnten dank Kostenmiete deutlich tiefere Mieten anbieten. Ein Vorkaufsrecht würde es Gemeinden ermöglichen, frühzeitig über Verkäufe informiert zu werden und so einfacher an Bauland zu gelangen – ohne mit der Wirtschaftsfreiheit zu kollidieren.

Der vom Regierungsrat vorgeschlagene Gegenvorschlag – eine Verdoppelung des Rahmenkredits der kantonalen Wohnbauförderung – wurde rechtlich geprüft, da ein direkter Zusammenhang zur Volksinitiative angezweifelt wurde. Ein externes Gutachten kam jedoch zum Schluss, dass der Gegenvorschlag zulässig sei. Die Kommissionsmehrheit aus SVP, FDP, GLP, Mitte und EVP stellt sich hinter diesen Gegenvorschlag. Sie betont, dass die kantonale Wohnbauförderung ein bewährtes Instrument sei, mit dem effizient mehr günstiger Wohnraum geschaffen werden könne. Einige Mitglieder der Mehrheit zeigten sich jedoch skeptisch, ob mit zusätzlichen 180 Millionen Franken ein spürbarer Effekt erzielt werden könne. Eine Minderheit aus SP, Grünen und AL kritisiert, es handle sich nicht um einen echten Gegenvorschlag, da die Kreditaufstockung ohnehin nötig sei. Eine weitere Minderheit (EVP, SP, Grüne, AL) schlägt einen eigenen Gegenvorschlag mit einem gezielten Vorkaufsrecht vor. Dieses soll nur in Gemeinden mit Wohnungsnot greifen und private Erwerber angrenzender Grundstücke nicht benachteiligen.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit Zustimmung zur Volksinitiative und Minderheit Ablehnung des Gegenvorschlags: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30

Minderheit anderer Gegenvorschlag: Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), 078 764 87 17

Postulat zur Lichtsignalsteuerung soll abgeschrieben werden

Eigentlich keine lange Debatte dürfte am Montag die Abschreibung eines Postulats auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat von SP, GLP und Grünen betreffend «Fussgänger- und velofreundliche Lichtsignalsteuerung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 281/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, bei Lichtsignalanlagen die Grünphasen für den Fuss- und Veloverkehr bedarfsgerechter zu steuern und dazu auch neue Technologien zu testen. Im Hinblick auf die Berichterstattung zum Postulat hat die Volkswirtschaftsdirektion bzw. deren Amt für Mobilität (AFM) deshalb 2023 verschiedene Pilotprojekte in den Städten Winterthur, Schlieren, Dietikon und Wetzikon durchgeführt und Optimierungsansätze für Fussgängerquerungen und für Velofahrende getestet. Die Erkenntnisse fliessen nun in die Planung anstehender Sanierungen sowie Um- bzw. Neubauten ein. Die Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und EVP beantragt, das Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abzuschreiben, in welcher festgehalten wird, dass der Regierungsrat die Möglichkeiten intelligenter Lichtsignalsteuerungen unterschätze.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Vorstösse zu Wohnungslosigkeit und Park+Ride-Parkplätzen

Sollte der Kantonsrat mit den vorangehenden Geschäften rascher vorankommen als erwartet, wird er bis zum Sitzungsende Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Nicola Yuste möchte den Regierungsrat darum bitten, eine kantonale Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu erstellen und das Querschnittsthema ganzheitlich anzugehen ([KR-Nr. 339/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Entgegennehmen wollte der Regierungsrat indes ein Postulat von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel, mit dem Massnahmen zur Förderung von Park+Ride-Parkplätzen gefordert werden; dies im Bestreben, eine möglichst nahtlose Verbindung der verschiedenen Verkehrsträger zu gewährleisten ([KR-Nr. 386/2023](#)). Weil die SP eine Diskussion über den Vorstoss verlangt hat, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12